

Rückkehr der Legionellen

IG-Metall: „Gesundheitsrisiko durch Energiesparen“, FR-Wirtschaft v. 10.8.

In diesem Zusammenhang gebe ich darüber hinaus zu bedenken: Hat eigentlich schon jemand bedacht, dass durch Absenken der Warmwassertemperatur und gänzliches Abschalten nachts die Legionellen leichtes Spiel hätten, um sich wieder rasend zu vermehren? Bei uns mit 286 Eigentumswohnungen ein größeres Problem, das nur dadurch behoben werden konnte, die Warmwassertemperatur um zehn Grad anzuheben, wir haben jetzt 75 Grad erreicht, und der Spuk war zu Ende.

Die Legionellen warten nur darauf wiederzukommen und stehen schon in den Startlöchern. Was soll dann die jährlich vorgeschriebene Legionellenprüfung, die eine Menge Geld kostet, außer Spesen nichts gewesen?

Bernd Kreuzberger, Heusenstamm

Ich halte die Bonuslösung für ungerecht

Vielen Dank für Ihre sehr gute Recherchen samt den jeweiligen Berichten. Ich lese diese immer gespannt. Zu diesem Bericht habe ich eine Anmerkung, die schon länger durch die Medien läuft. Dass es einen Bonus für die geben soll, die weniger Energie verbrauchen als letztes Jahr, halte ich für nicht gerecht. Es gibt tatsächlich Leute, die schon vor der Krise in Räumen mit Raumtemperaturen von 19 Grad lebten. Des Weiteren kommt es beim Verbrauch auch immer auf die Gradtagszahlen an.

Ich weiß nicht ob es hier eine faire Bonus-Regelung geben kann, und mir fällt auch keine bessere ein. Oder man versucht etwas mit dem Durchschnittsverbrauch in kWh pro Jahr und Quadratmeter Wohnraum zu berechnen. Der ist in Deutschland für Wohnungen und Häuser bekannt. Jörg Selinger, Pfaffenweiler

Wir haben durch eigenen Einsatz viel Strom gespart

Wir hören von Seiten der Politik, dass wegen der Energiekrise auch die privaten Haushalte Gas und Strom sparen sollen, z.B. weniger duschen. Bei der ganzen Diskussion vermissen wir, dass nicht auf die Installation von Solarthermie-Anlagen hingewiesen wird. Seit 25 Jahren haben wir Kollektoren für Warmwasser und Heizungsunterstützung auf dem Dach unseres Reihenhauses. Wir haben dadurch viel Strom gespart, weil neben Warmwasser für Dusche, Bad und Heizung auch unsere Waschmaschine (mit preiswertem Vorschaltgerät) und die Geschirrspülmaschine mit warmem Wasser versorgt werden. Die Installation der Anlage ist genehmigungsfrei im Gegensatz zum hochkomplizierten Genehmigungsverfahren für Photovoltaik-Anlagen.

Wir fänden es gut, wenn über die Solarthermie als Möglichkeit zum Energiesparen mehr und positiv informiert würde.

Carola und Wolfgang Biermann, Steinbach/Ts.



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20220810

FR ERLEBEN

Bascha Mika ist zu Gast in der Mittagssendung von Deutschlandfunk Kultur „Der Tag“. Es geht um tagesaktuelle Themen. **Samstag, 13. August, 12 Uhr Deutschlandfunk, Studio 9, Der Tag**

Schröders letzter großer Dienst

Altkanzler: „Etappensieg für Schröder“ und „Wichtigeres als Schröder“, FR-Politik und -Meinung vom 9. August

Schröder bleibt Schröder, was will man machen?

Gerhard Schröder hat immer sein Ding gemacht. Nichts hat ihn aus der Bahn geworfen. Ein Machtmensch! Wenn Schröder nun nicht gegen die Parteiordnung verstoßen haben soll, dann ist die Entscheidung der Schiedskommission zwar bedauerlich, aber sie passt in die ganze Karriere des Altkanzlers, der in der Aufstiegsparterie SPD seine politischen Sprungbretter fand.

Man wird ihn einfach nicht los. Er kommt immer davon! Der Kommentatorin Kristina Dunz gebe ich insofern recht, als dass man ihn jetzt in Ruhe lassen sollte und vor allem die Berichterstattung über ihn. Der eigentliche Schaden, den Schröder der SPD und der Gesellschaft zugefügt hat, liegt gut 20 Jahre zurück und heißt Agenda 2010. Davon hat sich die SPD bis heute nicht erholt. Schröder selbst bleibt Schröder.

Jürgen Malyssek, Wiesbaden

Ist die SPD unrettbar verloren?

Die Schiedskommission der SPD hat den Antrag mehrerer Ortsvereine auf Ausschluss Gerhard Schröders verworfen. Denn ein Verstoß gegen sozialdemokratische Grundsätze und die Parteiordnung sei ihm nicht nachzuweisen. Das ist nicht nur, wie es die Überschrift des FR-Artikels nahelegt, ein Etappensieg für den ehemaligen Bundeskanzler. Es ist ein Sieg Schröders auf ganzer Linie.

Die SPD hat sich nach 1945 zu einer Partei der Beliebigkeit entwickelt. Zwar hieß es im Godesberger Programm von 1959 noch: „Auf deutschem Boden sammeln sich die Sozialisten in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die jeden in ihren Reihen willkommen heißt, der sich zu den Grundwerten und Grundforderungen des demokratischen Sozialismus bekennt.“ Diese Grundwerte wurden im Einzelnen jedoch nicht näher beschrieben, vielmehr ermöglichte das schwammige Programm die Interpretation nahezu jeder Aussage. Mitgliedern und Mandatsträgern waren Er-

werb und Verwendung persönlichen Eigentums jenseits eines engen Rahmens nicht verboten. Die angestrebte gemeinschaftliche Solidarität erstarrte zur Floskel für Parteitage. Ebenso war das Verhandeln mit Menschenschindern aller Art, insbesondere mit Diktatoren und anderen Feinden der Demokratie, der Menschenrechte und des Sozialstaats, nicht untersagt. Der Krieg als Mittel der Politik wurde lediglich verbal ausgeschlossen. Die atomare Abschreckung wurde akzeptiert, trotz des vorangegangenen Widerstands gegen die Wiederbewaffnung und des lautstark geführten „Kampfs gegen den Atomtod“. Stattdessen eine euphorisch angekündigte Unverbindlichkeit als politischem Ziel; einem Paradies, dessen Verwirklichung auf den St. Nimmerleinstag verschoben wurde. Über geeignete Wege dorthin fehlte jegliches Wort. Das Hamburger Programm von 2007, das gegenwärtig gültige, wird auch nicht konkreter.

Das kann man sowohl als den Abschied von Idealen verstehen als auch als Distanzierung von der eigenen Geschichte. Die Eckwerte einer humanen Gesellschaft werden auf das Machbare reduziert, was üblicherweise die Unterwerfung unter politisch und wirtschaftlich Stärkere bedeutet, deren Legitimität nicht bestritten wird.

Gerhard Schröder verhält sich exakt so, wie es das Parteiprogramm als Richtschnur entwirft. Dass er in die Partei eintrat, als „Godesberg“ noch verbindlich war, was 1969 auch für mich galt, ist ohne Belang. Die Welt verändert sich ständig, vor allem durch das fehlende Bewusstsein und die Teilnahmslosigkeit der indirekt Beteiligten, was ständig zu gravierenden Rückschritten führt.

In Frankfurt hat die SPD einen besonderen Tiefpunkt ihrer Entwicklung erreicht, nämlich den des Verrats. Ihren Genossen Peter Feldmann drängt sie aus dem Amt des Oberbürgermeisters, ohne dass ihn ein Gericht schuldig gesprochen hätte; vielmehr könnte ein jahrelanges Verfahren anstehen, das mit Freispruch endet. Die Präjudizierung eines Urteils gilt als Infragestellung des staatlichen Ge-

waltmonopols und als Verstoß gegen die verfassungsmäßige Ordnung. Die SPD scheint unrettbar verloren zu sein.

Klaus Philipp Mertens, Frankfurt

Ein Exkanzler mit Hang zu Allüren

Ex-Kanzler Schröder darf nach Auffassung der Schiedskommission des SPD-Unterbezirks Hannover in der SPD bleiben. Ich als SPD-Genosse hätte es lieber gesehen, wenn meine Partei die Konsequenz gezogen und Schröder trotz fast 60 Jahren Mitgliedschaft die Rote Karte gezeigt hätte. Ich denke, man begeht keine Rechtsbeugung, wenn man betrachtet, wie Schröder und sein Freund Wladimir Putin handeln. Natürlich geht es die Partei im Prinzip nichts an, mit welchen Freunden sich Mitglieder umgeben. Doch ein ehemaliger Kanzler, der neben seinen destruktiven Russland-Kontakten wie Gazprom auch durch politische Entscheidungen in das politische Bewusstsein der Menschen gedrungen ist, die Menschen geschadet haben, für die die SPD Kümmerin und nicht eine Angst einflößende Rolle spielen müsste, also die Hartz-IV-Gesetzgebung, trägt eine besondere Verantwortung gegenüber seiner Partei als auch dem Geist des Grundgesetzes.

Mag sein, dass auf die SPD meine Partei, im Zusammenhang mit den Ermittlungen des undurchsichtigen Cum-Ex-Skandals um die Hamburger Warburg-Bank noch Belastungen zukommen. Trotzdem war die SPD in ihrer gesamten Geschichte immer eine Friedenspartei, aber auch eine Freiheitspartei war. Und es geht nicht an, dass ein so einflussreicher Politiker wie Schröder konsequenzlos sich mit dem Menschenschlichter Putin zeigen kann. Ja, die SPD war immer eine Freiheitspartei, wie es sich beispielsweise bei der großen Rede von Otto Wels bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz 1933 oder bei Willy Brandts unvergessener Rede gegen die damaligen DDR-Machthaber im Jahr 1961 zeigte. Schröder sollte konsequent sein, die Sozialdemokratie verlassen und damit der Partei einen letzten großen Dienst erweisen. Manfred Kirsch, Neuwied

Zugeständnisse an Aggressoren

Friedensfragen: Erwiderung auf „Raunen im Ungefahren“, FR-Forum vom 6. August

Oliver Hirschfeld geriert sich in seinem Leserbrief, ohne dass ihm das wohl bewusst zu sein scheint, „putinscher als Putin“. In diesem Krieg kann es keine Gewinner geben, sondern nur Verlierer, vor allem die Menschen in der Ukraine. Die russische Offensive ist durch die flexible und erfolgreiche Defensivverteidigungsstrategie der Ukrainer vor Kiew gescheitert. Für militärische Offensiven ist generell eine etwa dreifache Überlegenheit erforderlich, im Häuserkampf eine acht- bis zehnfache. Damit ist auch die Vorstellung

seitens der Ukraine, die Krim militärisch zurückerobert zu können, völlig unrealistisch und würde zu weiteren ungeheuren Verlusten an Menschenleben und Verwüstungen der betroffenen Landstriche führen. Alles spricht deshalb für wiederholte, sofortige Versuche einer diplomatischen Lösung. Eine einzufordernde, reale russische Konzession könnte z.B. ein diplomatisches, ohne vorangehende zusätzliche Zerstörungen auszuhandelnder Rückzug aus Cherson und Gebieten westlich des Dnjepr sein, welche die vom

Nachschub indessen weitgehend abgeschnittenen russischen Truppen ohnehin kaum halten können. Dafür wäre Russland etwa eine Wasserversorgung der Krim zu garantieren. Weltfremde formaljuristische Argumente wie die von Herrn Hirschfeld verschlimmern somit nur reales Leid und Elend. Frieden diplomatisch auszuhandeln verlangt nun einmal leider auch die Bereitschaft, gegenüber Aggressoren Zugeständnisse machen zu müssen. Norbert Fabian, Duisburg

Diskussion: frblog.de/offenerbrief